AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Nazi-Sturmführer begeht Streikbruch

Verschärfung des Pflichtarbeiterstreiks in Dippoldiswalde

Die Streikfront der Pflichtarbeiter in Dippoldiswalde verbreitert sich. Die Dienstagschicht forderte ebenfalls tarifliche Bezahlung. Nur der Nazisturmführer Müller erklärte sich bereit für 15 Pfennig die Stunde zu arbeiten.

Als er mit der Schaufel nach der Arbeitsstelle gehen wollte, wurden ihm von einigen der anwesenden 50 bis 60 Streikposten einige „freundliche" Zurufe gemacht. Sofort machte er kehrt und bat schlotternd die anwesende Polizei um Schutz. Erst dann wagte er sich unter Polizeischutz abzumarschieren. Der „stolze" Sturmführer machte dabei einen recht kläglichen Anblick. Es ist nicht bekannt geworden, ob daran etwas „Weiches" in den Hosen die Schuld trug. Einige der Streikposten waren jedenfalls der Ansicht.

Werktätige, daß ist der von den Nazis großmäulig angekündigte „Kampf gegen das System", welches den Erwerbslosen zumutet pro Stunde für 15 Pfennig zu arbeiten.

Ganz anders war das Auftreten der revolutionären Erwerbslosen. Massenstreikposten waren aufmarschiert. Am Bauschuppen waren schon vor Arbeitsbeginn Losungen: Lohn gestrichen! Pflichtarbeiterstreik! in Oelfarbe angebracht worden. Die Polizei war stark vertreten. Eine Delegation des Erwerbslosenrates wurde sofort bei der Stadt vorstellig und verlangte tarifliche Bezahlung dieser Arbeit. Das Stadtverordnetenkollegium soll Freitag entscheiden. Der Kampf wird in verschärfter Form weiter geführt. Erwerbslose, sorgt für Massenbesuch der Stadtverordnetensitzung.

Der Streik der Pflichtarbeiter in Dippoldiswalde ist Signal für die gesamte Arbeiterschaft, die Erwerbslosen in ihrem Kampf um ihre Forderungen tatkräftig zu unterstützen. Besonders gilt es die Durchsetzung der Winterhilfsforderungen der Arbeitslosen zu erzwingen. Das kann genau so, wie die Abwehr des Lohnraubes in den Betrieben, nur mit der engsten Kampfgemeinschaft der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen geschehen.

Unternehmervorstoß in der Mimosa-AG

In der Mimosa-AG in Dresden soll die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden. Die Arbeiter verdienen in der Stunde im Durchschnitt 72 Pfennig. Die Herabsetzung der Arbeitszeit würde

einen Lohnabbau von 5,76 Mark in der Woche

bedeuten. Die Arbeiterinnen verdienen im Durchschnitt 42 Pfennig in der Stunde. Ihr Wochenlohn würde eine Kürzung von 3,36 Mark erfahren.

Die Gewerkschaftsbürokraten haben in dieser Angelegenheit schon wochenlang mit dem Unternehmer verhandelt. Sie werden sich für die Verkürzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich einsetzen.

Die RGO mobilisiert die Belegschaft zum Kampf um die Erzwingung des vollen Lohnausgleiches. Die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter sind schon so niedrig, daß eine weitere Kürzung unerträglich wird. Die gesamte Belegschaft muß deshalb dem Ruf der RGO folgen und den geplanten Lohnraub verhindern!

Nur die „Arbeiterstimme" schreibt die Wahrheit

Die Kontrolle der Arbeiter bestätigt es . Hinaus mit der sozialdemokratischen Lügenpresse aus den Arbeiterwohnungen . Lest die „Arbeiterstimme"!

Im Oktober hatte die Belegschaft der Firma Peuser in Lausa unter der Führung der RGO einen siegreichen Streik durchgeführt, über den wir ausführlich berichteten. Die Dresdner Volkszeitung hatte dann behauptet, der Lohnabbau sei „durch die Verhandlungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer" abgewehrt worden.

In einer Mitgliederversammlung des Zimmererverbandes in Dresden hatte der Gewerkschaftsbürokrat Klinke dieselbe Behauptung aufgestellt.

Zwei Zimmerleute, die in diesem Falle einmal der Wahrheit auf den Grund gehen wollten, machten sich auf den Weg nach Lausa und ließen sich dort den Verlauf des Kampfes von der Belegschaft selbst schildern.

Das Ergebnis ihrer Feststellungen haben sie in folgendem Flugblatt ihren Kollegen in Dresden bekanntgegeben:

Die Wahrheit über den Streik der Bahnbauarbeiter der Firma Peuser in Lausa.

Durch die Schreibweise der Dresdner Volkszeitung und der Arbeiterstimme haben sich die unterzeichneten Zimmerleute veranlaßt, die Sachlage an Ort und Stelle zu prüfen. Nachstehende Ausführungen sind ihnen von Vertretern der Belegschaft, dem Schachtmeister der Firma und der Bauleitung der Reichsbahn gemacht worden.

Nachdem von der Firma der Lohnabbau angekündigt worden war, sind am Sonnabend, dem 15. Oktober, zwei Vertreter der Gewerkschaften und ein Vertreter der RGO auf der Baustelle erschienen. Die Vertreter der Gewerkschaften waren nicht in der Lage, der Belegschaft einen konkreten Weg zu zeigen. Ihre Ausführungen waren folgende:

„Ihr könnt wohl streiken, aber es ist vielleicht besser, wir treten erst einmal in Verhandlungen mit der Firma."

Der Vertreter der RGO hat dagegen der Belegschaft klar aufgezeigt, daß

die beste Abwehr der Streik ist.

Am Montag, dem 17. Oktober, war der Lohnabbau noch nicht zurückgenommen, die Belegschaft hatte in Hermsdorf einen Kahn abzuladen, da ist der Vertreter der RGO wieder auf der Arbeitsstelle erschienen und hat den Arbeitern nochmals erklärt,

wenn ihr den Lohnraub abwehren wollt, müßt ihr sofort die Arbeit niederlegen!

Dadurch wurde der Schachtmeister gezwungen, die Firma anzurufen, welche nun auf Drängen der Bauleitung hin, die sich mit der Arbeitsverzögerung nicht einverstanden erklärte, gezwungen war, den Lohnabbau zurückzunehmen.

Die Belegschaft hat aber die Arbeit nicht eher aufgenommen, bis sie eine schriftliche Unterlage hatte, daß der Lohnabbau nicht durchgeführt wird.

Am Dienstag, als die schriftliche Erklärung in den Händen der Belegschaft war und die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden war, erst dann sind die Vertreter der Gewerkschaften mit der Firma in Verhandlungen getreten, um den Lohnabbau „rückgängig zu machen".

Demgegenüber behauptet Kamerad Klinke in der letzten Mitgliederversammlung, daß die Gewerkschaften es gewesen wären, die durch ihre Verhandlungen mit der Firma den Lohnabbau abgewehrt hätten. Er stellte die Veröffentlichungen der Arbeiterstimme über diesen Streik als Lüge hin.

Daraus kann jeder Kamerad ersehen, wie sich die Dinge in Wirklichkeit abgespielt haben und daß die Behauptungen von Kamerad Klinke nicht der Wahrheit entsprechen.

Dresden, den 2. November 1932.

gez. Ludwig Nietz, Hühndorfer Straße
Fritz Nickel, Mörickestraße 4.

Aus diesem Flugblatt ist klar zu erkennen, daß nicht nur der Gewerkschaftsangestellte Klinke, sondern auch die Dresdner Volkszeitung die Arbeiterschaft über den Verlauf des Streikes belogen haben. Aus dem siegreichen RGO-Streik sollte ein „Erfolg der Gewerkschaften" gemacht werden. In diesem Falle sind die Lügner restlos entlarvt worden.

Die gesamte Arbeiterschaft muß daraus die Lehre ziehen. Hinaus mit der sozialdemokratischen Lügenpresse aus den Arbeiterwohnungen. Nur die Arbeiterstimme schreibt die Wahrheit über die Kämpfe der Arbeiter um Lohn und Brot. Ein jeder Prolet, eine jede Arbeiterin muß deshalb die Arbeiterstimme lesen!

Hänel redet in radikalen Tönen

Quartalsversammlung im Gesamtverband Dresden

In der letzten Quartalsversammlung des Gesamtverbandes in Dresden, die noch vor den Wahlen stattfand, gab Hänel von der Ortsverwaltung den Geschäftsbericht. Er bemühte sich offensichtlich, seiner Rede einen radikalen Anstrich zu geben.

In einzelnen Betrieben sei durch die Notverordnung der Lohn bis zu 50 Prozent abgebaut worden. Der Fall in den Dresdner Eltwerken habe bewiesen, wie notendig der Verband sei. Gegen Lohnabbau und Milliardengeschenke an die Unternehmer hätten die Gewerkschaften in zwei großen Kundgebungen in Trianon protestiert. Die Kontingentierungspläne der Papenregierung seien zum Scheitern verurteilt, da sie keine Belebung, sondern Stockung hervorrufen würden. Das Kohlensyndikat habe bereits 350 Arbeiter entlassen müssen. Um gegen Papen Stellung zu nehmen, sei am 6. und 13. November für jeden Gelegenheit gegeben, seine Stimme der Liste 2 zu geben.

Anschließend gab Richter den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß

die Mitgliederzahl von 21488 auf 20 771 zurückgegangen ist.

Anwesend waren 166 Kollegen und 12 Gäste, 132 Delegierte fehlen. Zum Geschäftsbericht sprachen einige Kollegen in kritischem Sinne, weisen vor allem auf die Tatsache hin, daß Leipzig und Tarnow auf der ADGB-Kundgebung erklärt haben, sie würden der Notverordnung von Papen eine Chance zubilligen.

Im letzten Punkt der Tagesordnung kam noch der Ortskrankenkassenskandal zur Sprache. Aus der Rede des Ortskrankenkassenvertreters konnte man entnehmen, daß die unterschlagenen Summen mindestens bis zu 200 000 Mark anwachsen würden. Kirchhof und Tempel könnten aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Die Versammlung zeigte wiederum mit aller Deutlichkeit, daß die Bonzen die Arbeiter auf den Stimmzettel zu vertrösten suchen. An jeden Kollegen ergeht daher der Appell, sich der RGO anzuschließen. Nur außerhalb des Parlaments, in den Betrieben wird der Kampf um die Abwehr weiterer Verelendung siegreich geführt.

Erwerbslose Pflichtschüler erkämpfen Frühstück

Verstärkt den Kampf um die Winterhilfe für die Erwerbslosen

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Das Arbeitsamt Dresden hat zirka 100 erwerbslose junge Buchdrucker zum Fachschulkursus verpflichtet. Aus allen Teilen Dresdens und der Umgebung müssen die Erwerbslosen aller 14 Tage dreimal je vier Stunden zum Kursus kommen. Am ersten Kurstage zeigte ein Jungkommunist den Zweck des Kursus auf und geißelte das Vorgehen des Arbeitsamtes, das verlangt, daß die meist langjährig Erwerbslosen früh 6 Uhr oder teilweise noch eher aufstehen, nach der Schule laufen, sich dort von 8 bis 12 Uhr aufhalten, dann wieder nach Hause gehen, also durchschnittlich sieben Stunden unterwegs sind, ohne etwas gegessen zu haben. Hinzu kommt, daß das Schuhwerk sich in einem miserablen Zustand befindet und ein Teil der Kursusteilnehmer auf Untermiete wohnt, also

früh, ohne etwas Warmes genossen zu haben, auf die Straße muß.

Zusammenfassend schlug der Jungkommunist vor, folgende Mindestforderungen an das Arbeitsamt zu richten:

1. Fahrgeld,
2. Frühstück mit Milch.

Einmütig wurden diese Forderungen begeistert angenommen. Der Kursusleiter verständigte den Schulleiter davon, der deshalb selbst erschien. Da er die einheitliche Front sah, versprach er bis zum nächsten Kursustag die Erfüllung dieser Forderungen. Der nächste Kursustag kam und restlos wurden die Forderungen erfüllt. Das beweist, was die Einheitsfront unter der Führung von Kommunisten vermag.

Schon stellen sich neue Mängel heraus. Deshalb ist es erforderlich, daß jede Klasse zwei Vertrauensmänner wählt, die dann weitere Forderungen vertreten und organisieren. Der Kampf der Pflichtarbeitsbesucher, das ist ein Stück Klassenkampf!

Der Lohnraubpakt in der sächsischen Textilindustrie bestätigt

In dem Hetzartikel des Chemnitzer Tageblattes am 14. November, den es von „hervorragender Seite der Sächsischen Industrie" erhalten hat, und wo das Verbot der RGO und ein generelles Streikverbot von der Papenregierung gefordert wird, findet auch der zwischen den DTV-Bürokraten mit den sächsischen Textilindustriellen abgeschlossene Lohnraubpakt seine Bestätigung. Die Massenmobilisation der RGO gegen jeden Pfennig Lohnraub verhinderte es, daß ein genereller Lohnabbau durchgeführt werden konnte. Deshalb vereinbarten die DTV-Bonzen mit den Unternehmern, den Tarifvertrag zu verlängern und dafür den Lohnabbau auf der Grundlage der Notverordnung durchzuführen. Diese ungeheuerliche Tatsache wird jetzt auch von den Industriellen bestätigt, nachdem es der DTV-Angestellte Richter, Neugersdorf, schon am 2. September eingestanden hatte.

In dem Unternehmerartikel heißt es:

„Die sächsische Textilindustrie, die sich zur Zeit der Inkraftsetzung der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5. September 1932 in einer Lohnbewegung zum Zwecke der Senkung der Tariflöhne um 6 bis 8 Prozent befand, verzichtete daraufhin auf diese durchgängige Verminderung der Tariflöhne und verlängerte die bisherigen Lohntarife, um die Mitglieder insgesamt in den Stand zu setzen, von diesen Verordnungen Gebrauch zu machen mit der ausdrücklichen Absicht, die Reichsregierung trotz mancher kritischer Bedenken in der großen Linie zu unterstützen . .

Die ersten Betriebe, die zu Mehrarbeitsstellungen übergingen und von dem Lohnunterbietungsrecht Gebrauch machten, wurden bestreikt. Nach anfänglicher kämpferischer Einstellung haben die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften vermittelnde Stellung eingenommen."

Richter erklärte in einer öffentlichen Versammlung des DTV in Zittau:

„Die Unternehmer bestehen auf ihren Forderungen. Der Verband scheut einen tariflosen Zustand nicht. So wird denn zu einem Schiedsspruch kommen, der aber noch den neuen Plänen der Regierung nicht für verbindlich erklärt wird. So kommt also ganz darauf an, was Papens Notverordnung enthält. Alle Fragen werden dann durch diese Notverordnung geklärt. Eine freiwillige Vereinbarung würde nur für Mitglieder der Organisationen gelten, die Tarifvertragsparteien sind. RGO-Mitglieder und Unorganisierte müßten sich dann besonderen Unternehmermaßnahmen fügen."

Also, noch vor der Herausgabe der Notverordnung haben sich die Sächsischen DTV-Bürokraten verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der darin festgelegte Lohnabbau widerspruchslos durchgeführt werden sollte.

Die betrieblichen Streiks unter Führung der RGO zerschlugen diesen Schandpakt. Auch die „vermittelnde Stellungnahme der Gewerkschaften", d. h. die Streikbrecherrolle der Gewerkschaftsbonzen, konnte das nicht verhindern. Deshalb haben die Unternehmer und die Bürokraten. Deshalb wird das Verbot der RGO gefordert.

Gewerkschaftskollegen, Arbeiter! Vergeßt das niemals! Stärkt die RGO! Wählt nur oppositionelle Kollegen in die Ortsverwaltungen und Betriebsversammlungen!

Streikbruch — ein abscheuliches Verbrechen!

In Schartesberg bei Zittau haben die Erwerbslosen in einer öffentlichen Versammlung zu dem Streik bei der Firma Kahl Stellung genommen. Folgende Entschließung wurde einstimmig gefaßt:

„Die versammelten Erwerbslosen erklären ihre Solidarität mit den Bauarbeitern der Firma Kahl in Groß-Hartau. Nachdem wir erfahren haben, daß ein in unserem Ort wohnhafter Maurer Streikbrecherarbeit leistet, sprechen wir diesem unsere tiefste Verachtung und Abscheu aus."

Der Erwerbslosenrat wird mit Hilfe der gesamten Arbeitslosen durch seine Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß kein erwerbsloser Bauarbeiter seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fällt. Bauarbeiter, seid solidarisch! Unterstützt den Streik, den einzigen Weg den Lohnraub zu verhindern! Kämpft gemeinsam mit der RGO und lest die „Arbeiterstimme".